



Ukraine: Nach der Genfer Konferenz bleibt die Frage nach Sanktionen weiter offen



Autor : Olivier Marty

Die Lage in der Ukraine bleibt instabil und könnte - im Falle einer mangelnden Einhaltung der von den Parteien im Genfer Abkommen festgehaltenen Schritte - zu neuen Sanktionen führen. Auch wenn die USA seit Beginn des Konflikts eine sehr offensive Haltung vertreten, werden die Europäischen Staaten angesichts ihrer vielfältigen wirtschaftlichen Interessen einen vorsichtigeren Ansatz verfolgen. Europäische Hilfen für den ukrainischen Gas- und Finanzsektor bleiben dennoch auch weiterhin entscheidend.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Rapport Schuman **Europawahl** : Umfrage - Listen/App - Polen
Finanzkrise : Deutschland - Kroatien - Frankreich - Italien - Portugal - OECD - Polen
- Vereinigtes Königreich **Kommission** : Gas **Parlament** : Etikettierung - Unternehmen
- Arbeit/Entsendete Arbeitnehmer - Fischerei - Bankenunion - Bank -
Ukraine/Russland - Pensionen - Migration - Entschädigung
Frankreich : Gleichberechtigung **Italien** : Governance **Litauen** : Euro **Polen** : Ukraine
Moldawien : Polen **Ukraine** : Abkommen - NATO - Tataren
Europarat : Menschenrechte **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Handel - Inflation **Berichte**
/ Studien : Niederlande - Internet **Kultur** : Deutsch-Französisch - Film/Cannes -
Ausstellung/Paris - Ausstellung/Rom

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Bestellen Sie den neuen **Rapport Schuman 2014** zur aktuellen Lage in Europa!



Wird 2014 das Jahr der Wende für Europa? 2014 ist das Jahr der Europawahlen und der Neubesetzung sämtlicher europäischer Institutionen - eine einmalige Gelegenheit zur Bestandsaufnahme der Errungenschaften der Europäischen Union und ihrer Entwicklungen. Diese Themen werden im soeben veröffentlichten jährlich erscheinenden Rapport Schuman 2014 analysiert. Es handelt sich um die 8. Auflage des Rapport, die ein Exklusivinterview mit dem französischen Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian enthält, der sich ausführlich zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußert. Der Rapport erscheint im Verlag Lignes de Repères. Er ist ab sofort im Buchhandel und über die Internetseite der Stiftung auf französisch oder englisch erhältlich; in wenigen Tagen wird er auch für elektronische Lesegeräte und Tablets zur Verfügung stehen... [Fortsetzung](#)

Europawahl :

Europäische Volkspartei (EVP) an der Spitze der Umfragen



Die Seite PollWatch2014.eu erfasst die Umfragen in den europäischen Mitgliedsstaaten und veröffentlichte am 16. April 2014 ihre letzte Schätzung für die Europawahlen. Den Prognosen zufolge erhält die Europäische Volkspartei (EVP) 222 von 751 Sitzen (ein Verlust von 53 Sitzen) während die Gruppe der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D) 209 Sitze (momentan 194) erringen kann. Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ADLE) erhält 69 Sitze (momentan 85), die Grünen gewinnen 38 (momentan 56) und die europäische Linke 53 Sitze (momentan 35). Im Lager der rechten Euroskeptiker erhalten die Konservativen und die Europäischen Reformer 42 Sitze (momentan 58), die Fraktion "Europa der Freiheit und der Demokratie" bekommt 34 Sitze (momentan 32 Sitze) und die Nicht-Eingeschriebenen 93 Sitze (momentan 31). PollWatch merkte an, dass zu den Nicht-Eingeschriebenen all diejenigen zählten, die noch keine Zugehörigkeit zu einer Gruppe deutlich gemacht hätten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Listen der Kandidaten der 28 Mitgliedsstaaten für die Europawahl und neue App



Die Robert Schuman Stiftung hat ihre den Europawahlen gewidmete Seite erweitert und die Listen aller bisher für die Europawahl aufgestellten Kandidaten, die in den 28 Mitgliedsstaaten antreten, online gestellt. Entdecken Sie außerdem unsere neue App "Europawahlen" auf Google Play und folgen sie der Kampagne in Echtzeit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

In Polen wird das Thema Sicherheit zur wichtigsten Frage der Europawahlen



Die Krise in der Ukraine veranlasst die Partei des polnischen Premierministers Donald Tusk, die sogenannte "Bürgerplattform" (PO), ihre Kampagne für die Europawahl auf das Thema Sicherheit auszurichten. Der Politikwissenschaftler Edmund Wnuk-Lipinski teilte der französischen Presseagentur (AFP) mit: "Tusk stellt die Frage nach der Sicherheit Polens inmitten eines starken und vereinten Europas in den Vordergrund." Der neue Ansatz scheint der PO zu helfen: In Umfragen konnte sie gegenüber der konkurrierenden Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) an Dynamik gewinnen. In einem Staat, in dem das kollektive Gedächtnis noch immer von einer jahrzehntelangen sowjetischen Besatzung geprägt ist, sind die Vorteile einer solchen Strategie offenbar so groß, dass Eryk Mistewicz in einer Pressemitteilung an die AFP die These aufstellt: "Je komplizierter und schwieriger die Situation in der Ukraine, desto besser das Ergebnis für die PO"... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Berlin rechnet mit anhaltendem Wachstum für die Jahre 2014 und 2015



"Die deutsche Wirtschaft erholt sich stark", bekräftigte Sigmar Gabriel am 14. April 2014. Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie deutsche Vizekanzler verlautetete, dass Deutschland seine Wachstumsprognosen bestätigen könne. Für 2014 sagte er einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,4% und für 2015 sogar von 2% voraus. Berlin rechnet außerdem mit einem signifikanten Anstieg der Kaufkraft im Laufe des kommenden Monats. Das deutsche Wirtschaftswachstum wird nach wie vor von Exporten getragen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neue Maßnahmen zur weiteren Reduzierung des Haushaltsdefizits in Kroatien



Die Kroatische Regierung verabschiedete am 17. April 2014 neue Maßnahmen, um das staatliche Haushaltsdefizit weiter zu reduzieren und die von Brüssel auferlegten Auflagen zu erfüllen. Die Wachstumsprognosen für 2014 wurden auf 0% gesenkt. Wie der kroatische Finanzminister Slavko Linic verkündete, sollten die Maßnahmen wie neue Steuern auf Öl und Telekommunikation dazu beitragen, dass Defizit um weitere 0,4% zu senken. Momentan beträgt das Defizit 4,5% des BIP... [Fortsetzung](#)

Maßnahmen zu französischem Sparplan verkündet

Als Reaktion auf die Weigerung Brüssels, Frankreich noch mehr Zeit für die Reduzierung des Haushaltsdefizits auf die vertraglich festgehaltenen 3% gewähren, stellte der Französische Premierminister Manuel Valls am 16. April 2014 einen Sparplan vor. Dieser soll 50



Milliarden Euro sparen und das Einhalten der europäischen Vorschriften gewährleisten. Die Regierung beabsichtigt, den Haushalt des Staates auf 18 Milliarden und denjenigen der lokalen Kommunen auf 11 Milliarden zu kürzen. Außerdem soll die Krankenversicherung auf 10 Milliarden Euro und die Sozialversicherung auf 11 Milliarden Euro reduziert werden. Nach Angaben der Regierung sollen die Maßnahmen dazu dienen, die französische Wirtschaft anzukurbeln, die Unternehmen zu ermutigen, das Wachstum zu stützen und schließlich Arbeitsplätze zu schaffen... [Fortsetzung](#)

Italienische Regierung führt Details zu ihrem Sparplan aus



Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi führte am 18. April 2014 Details zu seinen Maßnahmen aus, um das Wachstum "zu stimulieren" und den Italienern "Vertrauen zurückzugeben". Sie beinhalten Steuererleichterungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen (Personen, die zwischen 8.000 und 26.000 Euro im Jahr verdienen) und eine 10% Senkung der Arbeitslasten - eine Kur der "Mäßigung" für den öffentlichen Sektor. Zu den Sparmaßnahmen zählen darüber hinaus Kürzungen von 2,1 Milliarden Euro in den Haushalten lokaler, regionaler und ministerialer Institutionen. Teile der staatlichen Autoflotte werden verkauft und Vorzugstarife bei der Post für politische Parteien abgeschafft. Außerdem wird der Platzverschwendung in öffentlichen Büros Einhalt geboten und die Gehälter der Vorstandsvorsitzenden von Staatsunternehmen bei 240.000 Euro / Jahr gedeckelt. Die Provinzen werden ebenfalls abgeschafft. Die Regierung beabsichtigt, 300 Millionen Euro durch Bekämpfung der Steuerhinterziehung einzunehmen. Die Akkumulierung dieser Reihe von Maßnahmen wird mit "6,9 Milliarden Euro im Jahr 2014 und zwischen 15 bis 17 Milliarden Euro im Jahr 2015" beziffert... [Fortsetzung](#)

Portugal: Neuer Plan zur Einsparung von 1,4 Milliarden Euro und neues Darlehen des IWF



Die portugiesische Regierung verabschiedete am 15. April 2014 eine neue Serie von Sparmaßnahmen in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden Euro, um das Haushaltsdefizit des Staates im Jahr 2015 auf 2,5% des BIP's zu senken und den Anforderungen der Gläubiger zu genügen. Die Maßnahmen umfassen eine Verringerung der Verwaltungsausgaben in den Ministerien und den öffentlichen Unternehmen ohne dabei von den Portugiesen "weitere Opfer zu verlangen", wie Finanzministerin Maria Luis Albuquerque gegenüber der Presse betonte. Am 17. April 2014 gewährte der Internationale Währungsfonds (IWF) Portugal ein weiteres Darlehen von 851 Millionen Euro - das vorletzte vor dem Ende des im Mai 2011 aufgesetzten internationalen Rettungsplans... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

OECD: Beschäftigungsquote steigt in Eurozone und EU



Wie die am 15. April 2014 von der OECD veröffentlichten Zahlen belegen, erhöhte sich die Beschäftigungsquote in der Eurozone im vierten Quartal 2013 leicht und lag bei 63,6% (+0,1 Punkte). Dieser Anstieg ist auf eine deutliche Zunahme der Beschäftigung der 55- bis 64-Jährigen (50,7%, +0,4 Punkte) zurückzuführen, die zudem den Rückgang bei den 15- bis 24-Jährigen (31,1%, -0,2 Punkte) kompensiert. Die 18 Länder der Eurozone können im dritten Quartal 2012 eine Erholung ihrer Beschäftigungsquoten verzeichnen, nachdem sie zuletzt drei Quartale lang bei 63,5% stagnierte. Die OECD definiert die Beschäftigungsquote als den "Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre), die sich in einem Arbeitsverhältnis befinden". Die Quote ist dank einer deutlichen Verbesserung der Beschäftigung der 55- bis 64-Jährigen (50,9%, +0,5 Punkte) auch in der gesamten EU leicht auf 64,2% gestiegen (+0,1 Punkte)... [Fortsetzung](#)

Anstieg des Haushaltsdefizits



Wie am 16. April 2012 das polnische Amt für Statistik (GUS) verkündete, belief sich das Haushaltsdefizit Polens im Jahr 2013 auf 4,3% des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 3,9% im Jahr 2012. Für 2014 sagt die Regierung ein Defizit von 3,6% voraus. Für 2015 hofft man nun, die Quote unter die Marke von 3% drücken zu können, um den im Maastrichter Vertrag festgelegten Kriterien zu entsprechen. Das GUS verlautete außerdem, dass die Staatverschuldung Polens im Jahr 2013 auf 57% des

Die Arbeitslosenquote des Vereinigten Königreichs sinkt Ende Februar unter die 7% Marke



Die Arbeitslosenquote sank Ende Februar unter die 7% Marke auf das niedrigste Niveau seit fünf Jahren. Wie das Statistische Amt des Staates (ONS) bestätigte, pendelte sich die Quote in einer Periode von drei Monaten bis Ende Februar bei 6,9% ein. Die Entwicklung stellt einen klaren Rückgang im Vergleich zu 7,2% Ende Januar dar und ist ausgeprägter als die Erwartungen von Ökonomen, die zuletzt 7,1% vorausgesagt hatten... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Brief von José Manuel Barroso an Wladimir Putin zum Thema Gas



Während Russland damit drohte, die Gaslieferungen an die Ukraine einzustellen, schickte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, am 17. April 2014 einen Brief an den russischen Staatschef und bekräftigte das Streben der EU nach einem Dialog. Der Präsident der Europäischen Kommission erklärte zunächst: "Die EU akzeptiert Ihren Vorschlag für Verhandlungen mit der Russischen Föderation und der Ukraine über die Sicherheit der Gaslieferungen und den Transit." Darauf fügte er hinzu: "Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, zeitnah Gespräche unter Miteinbeziehung der Ukraine auf den Weg zu bringen". Herr Barroso wies darüber hinaus darauf hin, dass der EU-Energiekommissar Günther Oettinger jederzeit bereit sei, sich mit seinen russischen und ukrainischen Kollegen zu treffen und alle Fragen im Zusammenhang mit der Gasversorgung in Europa zu diskutieren... [Fortsetzung](#)

Parlament :

"Made-in" Etikettierung



Wie die Mitglieder des Europäischen Parlaments in einer Abstimmung am 15. April entschieden, sollen in der EU "Made-in" Etikettierungen für alle verkauften Produkte außer Nahrungsmittel eingeführt werden. Die Abgeordneten drängten darüber hinaus auch auf striktere Sanktionen für Unternehmen, die diesen Auflagen widersprechende oder potenziell gefährliche Produkte verkaufen. Die Parlamentarier stimmten schließlich in erster Lesung dafür, dass diese Arbeit von dem nächsten Parlament weitergeführt und als Basis zur Verhandlung mit den Mitgliedsstaaten verwendet werden könne... [Fortsetzung](#)

Schutz von Kleininvestoren



Am 15. April 2014 haben die Europäischen Parlamentsabgeordneten mit 637 Ja- gegenüber 26 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen für neue europäische Richtlinien zu Informationsvorschriften von Kleinanlegern bei der Vertragsunterzeichnung gestimmt. Die Informationen müssen obligatorisch in einem Informationsdokument (Key Information Document - KID) auf drei DIN A4 Seiten dargestellt werden. Die neuen Regeln müssen noch offiziell von den Mitgliedstaaten bewilligt werden, bevor sie mit einem Verzug von zwei Jahren in Kraft treten... [Fortsetzung](#)

Neue Regeln für entsendete Arbeitnehmer



Die Abgeordneten des Europaparlaments verabschiedeten am 16. April 2014 mit 474 Ja-, 158 Nein-Stimmen und 39 Enthaltungen neue Regeln, um Gesetzeslücken hinsichtlich in ein anderes Land entsendeter europäischer Arbeitnehmer zu schließen. Die Entscheidung betrifft rund eine Million Arbeitnehmer und muss noch von den europäischen Ministern bestätigt werden. Anfang Dezember hatten sich die Staaten nach erbitterten Verhandlungen auf ein verbessertes Management der Steuerung entsendeter Arbeitnehmer geeinigt. Als Mittel sollten mehr Kontrolle der Rechtsverletzungen von Unternehmen und Tochtergesellschaften dienen, die in der Bauindustrie weit verbreitet sind. Das Parlament hat einige Änderungen vorgenommen, sodass "leichter Unterschiede zwischen realen Situationen und Regelungen, die juristische Schlupflöcher bieten, gemacht werden können." Eingeführt wurde beispielsweise eine Definition falscher Selbstständigkeit. Sie wurde von einigen Arbeitnehmern missbraucht, um bessere Gesetzeslagen auszunutzen...

Fischereipolitik



Am 16. April 2014 hat das Europäische Parlament mit 473 Ja-Stimmen, 52 Gegenstimmen und 40 Enthaltungen neue Betriebsvorschriften für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) entwickelt. Dadurch soll Fischern geholfen werden, die Auflagen der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) zu erfüllen. Der Fonds wird die Fischer beispielsweise dabei unterstützen, das Rückwurfverbot zu beachten, z. B. durch den Kauf von selektiveren Fanggeräten, die Verbesserung der Sicherheit und der Arbeitsbedingungen sowie der Datensammlung und Hafeninfrastuktur. Die EMFF-Verordnung stellt den letzten von drei verabschiedeten Gesetzestexten zur Reform der GFP dar. Die beiden anderen Verordnungen (bereits in Kraft) führten die grundlegenden Regeln der GFP-Reform sowie die Verordnung über die gemeinsame Organisation des Marktes für Fischerei und Erzeugnisse der Aquakultur ein...

[Fortsetzung](#)

Neue Schritte in Richtung Bankenunion



Am 15. April 2014 verabschiedete das Europäische Parlament drei Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Banken ihre Risiken selbst schultern und sich nicht mehr auf staatliche Bailouts und den Steuerzahler verlassen. Zwei dieser Maßnahmen befassen sich mit der Umstrukturierung von Banken in Schwierigkeiten, die dritte sorgt dafür, dass Banken für Beträge unter 100.000 Euro Einlagen garantieren. Diese Maßnahmen ergänzen den Mechanismus einer allgemeinen Bankenaufsicht und bringen die EU einen Schritt weiter in Richtung Bankenunion. Das Parlament konnte erhebliche Zugeständnisse der Finanzminister erreichen, vor allem hinsichtlich des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus und des damit verbundenen 55 Milliarden Fonds. Der Ferreira-Bericht wurde mit 570 Stimmen angenommen, 88 Parlamentarier waren dagegen und 13 enthielten sich. Der Hökmark-Bericht wurde mit 584 Ja- und 80- Gegenstimmen sowie 10 Enthaltungen verabschiedet...

[Fortsetzung](#)

Basis-Konten für alle EU-Bürger



Laut einer Direktive, die vom Europäischen Parlament mit 603 Ja-, gegenüber 21 Nein-Stimmen und 51 Enthaltungen am 15. April 2014 beschlossen wurde, muss jeder EU-Bürger die Möglichkeit haben, unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit oder seines Wohnorts ein Basiskonto einzurichten. Das Gesetz soll auch dafür sorgen, dass die Gebühren und Regeln für Konten transparenter und vergleichbarer werden, um schnelle Wechsel zu Anbietern mit den besten Konditionen zu ermöglichen...

[Fortsetzung](#)

Verschärfung der Sanktionen gegenüber Russland



Am 17. April wurde von den europäischen Abgeordneten mit 437 Ja-, 49 Nein-Stimmen und 85 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der eine extreme Besorgnis über die Verschlechterung der Lage in der Ukraine zum Ausdruck gebracht wurde. Die Parlamentarier verlangten von der Union, die Sanktionen gegen bestimmte russische Personen zu verstärken und sich auf wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Russland vorzubereiten. Sie benannten dabei mögliche Maßnahmen gegenüber russischen Unternehmen und ihren Tochtergesellschaften, insbesondere im Energiesektor und im Bereich russischer Geldanlagen...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Pensionen: Die erworbenen Ansprüche in einem Mitgliedsstaat der EU werden beibehalten



Arbeitnehmer in der EU, die in ein anderes Europäisches Land ziehen, werden dank eines Gesetzesentwurfs, der vom Europaparlament am 15. April 2014 verabschiedet wurde, vollen Anspruch auf ihre Pensionen behalten. Die formale Bestätigung durch den Rat steht noch aus. Die bisherige Gesetzgebung der EU sieht bereits vor, dass Arbeitnehmer, die innerhalb der EU umziehen, ihre gesetzlichen Pensionsansprüche, z.B. gegenüber dem Staat, nicht verlieren. Allerdings existierten solche EU-weiten Regulierungen bisher noch nicht für ergänzende Pensionsansprüche, die von Arbeitgebern finanziert oder mitfinanziert werden. Auf diese Weise riskierten Arbeitnehmer, die innerhalb der Mitgliedsstaaten umzogen, ihre über einen gewissen Zeitraum angehäuften

Ansprüche zu verlieren, wenn dieser an ihrem neuen Wohnort als zu kurz erachtet wurde... [Fortsetzung](#)

Maßnahmen zur Vermeidung des Tods von Migranten auf See



Am 16. April 2014 haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit 528 Ja-, 46 Nein-Stimmen und 88 Enthaltungen neue Regeln zu Such- und Rettungsoperationen verabschiedet, die als Leitfaden der Grenzschutzbeamten von Frontex bei der Behandlung von Migranten auf See dienen sollen. Darüber hinaus präzisierten sie die Orte, an denen Migranten abgesetzt werden dürfen. Die Regelungen, die bereits informell von Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates vereinbart wurden, sollen im Sommer in Kraft treten. Der Entwurf muss noch formell durch den EU-Ministerrat genehmigt werden... [Fortsetzung](#)

Eine schnelle und effiziente Antwort auf Naturkatastrophen in der Union



Am 16. April 2014 brachten die Abgeordneten mit 525 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 41 Enthaltungen neue Maßnahmen auf den Weg, um die Hilfe der Europäischen Union gegenüber Mitglieds- und Beitrittsländern im Falle von Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen durch den EU-Solidaritätsfonds (EUSF) schneller und effizienter zu machen. Die Änderungen bezüglich des EUSF, die bereits mit dem Rat informell vereinbart wurden, beinhalten die Verlängerung der Frist für die Beantragung von Katastrophenhilfe von 10 auf 12 Wochen, Vorauszahlungen in Höhe von 10% der Beihilfe sowie die Vereinfachung der Zulassungskriterien im Falle kleinerer, "regionaler" Katastrophen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der Armee



Der französische Verteidigungsminister erhielt am 15. April 2014 einen Untersuchungsbericht zu spezifischen Situationen von Diskriminierung sowie sexueller und allgemeiner Belästigung in der Armee. Er nutzte diesen Anlass, um seinen Aktionsplan zur Bekämpfung solcher Risiken in der europäischen Armee mit den meisten Frauen vorzustellen. Eine der symbolträchtigsten Maßnahmen: Die Marine verkündete, ihre U-Boote für weibliches Personal probeweise zu öffnen... [Fortsetzung](#)

Italien :

3 Frauen unter den Neuernennungen der Vorstandsvorsitzenden in Staatsunternehmen



Am 14. April 2014 ernannte die italienische Regierung die Vorstandsvorsitzenden von vier staatlichen Unternehmen - Eni, Enel, Finmeccanica und der italienischen Post - drei von ihnen sind Frauen. In einer Pressemitteilung kündigte die Regierung die Ernennung von Patrizia Grieco, bisher Leiterin des IT-Unternehmens Olivetti, für den Posten des CEO des Strom- und Gasversorgers Enel an. Um den Hydrocarbon-Riesen Eni anzuführen, wählte die Regierung Emma Marcegaglia, zuvor CEO von Confindustria. Auch die italienische Post, ein Unternehmen, das zu 100% in Staatsbesitz ist, wird eine Frau an ihrer Spitze haben: Luisa Todini, die derzeit im Vorstand des RAI, dem staatlichen italienischen TV-Sender sitzt. Schließlich wird Gianni de Gennaro, Vorsitzender des italienischen Giganten der Luft-, Raumfahrts- und Verteidigungsindustrie Finmeccanica seinen Posten behalten. Er wird von Mauro Moretti unterstützt, der zuvor die Ferrovie dello State, die staatliche Eisenbahngesellschaft, leitete... [Fortsetzung](#)

Litauen :

Litauen will 2015 der Eurozone beitreten



Mit 87 Ja- gegenüber 7 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen verabschiedete Litauen am 17. April 2014 ein Gesetz zur Anbindung an die Eurozone im Jahr 2015 und brachte damit eine Maßnahme zur weiteren Intergration in die EU auf den Weg. Das Gesetz definiert die Modalitäten des Währungswechsels und deren Preis während des Übertritts. Der litauische Premierminister Algirdas Butkevicius verkündete hierzu: "Eine noch tiefergehende Integration stärkt die Sicherheit des Staates und stützt das politische Gewicht Litauens in Europa sowie der internationalen Arena..." [Fortsetzung](#)

Polen :

Ein vereintes Europa könnte die energiepolitische Bedrohung durch Russland beenden



Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht einen Artikel des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, der ursprünglich in der "Financial Times" erschienen war. Um mögliche Lösungen für die Krise in der Ukraine zu finden, stellt Donald Tusk verschiedene Ideen vor, die bei der Vorbereitung einer neuen Politik der EU hinsichtlich der östlichen Nachbarländer miteinbezogen werden könnten... [Fortsetzung](#)

Moldawien :

Warschau-Besuch des moldawischen Präsidenten



Die moldawische Präsident Nicolae Timofti traf am 14. April 2014 in Warschau ein, um dort den polnischen Premierminister Donald Tusk sowie den polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski zu treffen und unter anderem die Perspektiven der Integration Moldawiens in die EU zu diskutieren. Der moldawische Präsident dankte seinem polnischen Amtskollegen für die Unterstützung Polens hinsichtlich der Annäherung Moldawiens an die EU, eine Annäherung, die er als "unumkehrbar" bezeichnete. Sowohl der polnische Präsident Komorowski als auch Premierminister Tusk unterstrichen wiederholt die Unterstützung Polens für die europäische Agenda von Reformen in Moldawien. Die Frage nach den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde ebenso angesprochen wie diejenige der geopolitischen Stabilität in der Region im Zuge der Ereignisse in der Ukraine... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Genfer Abkommen zur Entschärfung der Krise zwischen Russland und der Ukraine



Am 17. April 2014 trafen sich Vertreter der EU, USA, Russlands und der Ukraine auf einem Krisengipfel in Genf. Sie unterzeichneten ein Abkommen, um die rasche Deeskalation der Spannungen in der Ukraine voranzutreiben. Die Einigung beinhaltete insbesondere die Entwaffnung illegal bewaffneter Gruppen sowie die Evakuierung besetzter Gebäude. Es bleibe abzuwarten, ob das Übereinkommen eingehalten werde, warnte der amerikanische Präsident Obama der "keinerlei Gewissheit" hinsichtlich dieser Frage sieht. "Alle illegal bewaffneten Gruppen müssen entwaffnet werden, alle illegal besetzten Gebäude an die rechtmäßigen Besitzer überführt und alle Straßen, Plätze sowie sonstige öffentliche Orte in den ukrainischen Städten befreit werden", heißt es in dem Dokument. Eine Beobachter-Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wird den ukrainischen Behörden helfen, die Maßnahmen umzusetzen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Neue Maßnahmen der NATO angesichts der Eskalation der Krise zwischen Russland und der Ukraine



Mit dem Ausdruck zunehmender Sorge über die Eskalation in der ukrainischen Krise entsand die NATO vergangene Woche eine starke Botschaft an Russland und betonte die Verteidigung der osteuropäischen Staaten: "Wir schicken mehr Flugzeuge in den Himmel, senden mehr Schiffe auf See und bereiten unsere Land-Armeen vor", kündigte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen an, während er am 16. April 2014 eine Reihe der durch die Mitgliedstaaten verabschiedeten militärischen Maßnahmen aufzählte. Die NATO wird von nun an ihre Luftpräsenz in den baltischen Ländern erhöhen, während Schiffe im baltischen Meer und dem östlichen Mittelmeer kreuzen. Auch die Zahl der gemeinsamen Manöver und Übungen wird erhöht... [Fortsetzung](#)

Moskau verweigert Tatarenführer Einreise auf Krim-Halbinsel



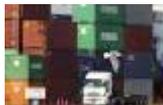
Wie die Medjlis, das Parlament der Krim-Tataren, am 22. April 2014 verkündete, ist ihrem Anführer, Moustafa Djemilev, für fünf Jahre der Zugang zur Krim-Halbinsel verboten worden. Das Gebiet wurde im März von Russland illegal besetzt. Noch am Morgen, als M. Djemilev die Krim auf dem Weg nach Kiew verließ, erhielt er von Grenzsoldaten eine Dokument, das ihm bis 19. April 2019 den Zugang zu Russland untersagte. Der russische Staatschef Wladimir Putin unterzeichnete noch am selben Tag ein Abkommen zur Rehabilitierung der Tataren der Krim-Halbinsel, die einseitig von der Ukraine und anderen Minderheiten getrennt und an Russland angegliedert worden

Europarat :**Bericht zur Lage der Menschenrechte in Europa**

Laut eines am 16. April 2014 durch den Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland veröffentlichten Berichts dauern schwere Verstöße gegen die Menschenrechte in Europa weiter an. Zu ihnen zählen unter anderem Korruption, Menschenhandel, Rassismus und Diskriminierung. In vielen Staaten schüren Arbeitslosigkeit und Armut Extremismus und Konflikte. Der Bericht stellt die erste konsolidierte Analyse von Menschenrechten, Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Europa auf der Basis der Beobachtungen der Kontrollgremien des Rates der Europäischen Union dar. Im Hinblick auf die Krise in der Ukraine und die russische Militärintervention auf der Krim warnte M. Jagland vor dem Auftreten weiterer Konflikte in Europa: "Der Mangel an demokratischen Gegengewichten, freien Medien und unabhängiger Justiz ist die Quelle der endemischen Korruption und des Machtmissbrauchs.".. [Fortsetzung](#)

Eurostat :**Arbeitslosigkeit in den Regionen der EU**

Nach von Eurostat am 15. April 2014 veröffentlichten Angaben zeigte die regionale Arbeitslosenquote während des Jahres 2013 starke Ungleichheiten in den 272 Regionen der EU auf. Die niedrigsten Quoten wurden in der deutschen Region Oberbayern (2,6%), dem deutschen Freiburg sowie dem österreichischen Salzburg (jeweils 2,9%) festgestellt. Darauf folgten die deutsche Region Tübingen und das österreichische Tirol (jeweils 3,0%). Die höchsten Quoten wurden in fünf spanischen Regionen erhoben: Andalusien (36,3%), Ceuta (35,6%), Melilla (34,4%), Kanarische Inseln (34,1%) und Extremadura (33,7%)... [Fortsetzung](#)

Eurozone: Handelsbilanzüberschuss

Laut der von Eurostat am 15. April 2014 veröffentlichten Zahlen ergibt sich für die Handelsbilanz zwischen dem Euroraum und dem Rest der Welt im Februar 2014 ein Überschuss von 13,6 Milliarden Euro, verglichen mit 9,8 Milliarden im Vorjahresmonat. Im Februar 2014 stiegen die Exporte saisonbereinigt um 1,2% und die Einfuhren um 0,6% gegenüber Januar 2014. Der Extra-EU-Handelsbilanzüberschuss im Februar 2014 betrug 4,4 Milliarden Euro, verglichen mit 1,2 Milliarden Euro im Monat des Vorjahres. Zwischen Januar und Februar 2014 stiegen die Exporte saisonbereinigt um 0,9% an, während die Einfuhren um 0,5% fielen... [Fortsetzung](#)

Eurozone: Inflationsrate bei 0,5%

Die jährliche Inflationsrate des Euroraums betrug 0,5% im März 2014 gegenüber 0,7% im Februar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die monatliche Inflationrate hingegen betrug im März 2014 0,9%. Die jährliche Inflationsrate der EU betrug 0,6% im März 2014 gegenüber 0,8% im Februar. Ein Jahr zuvor lag sie bei 1,9%. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,7% im März 2014. Insgesamt wurden im März 2014 negative Jahresraten in Bulgarien (-2,0%), Griechenland (-1,5%), Zypern (-0,9%), Portugal und Schweden (je 0,4%), Spanien, der Slowakei (je -0,2%) und Kroatien (-0,1%) festgestellt. Die höchsten jährlichen Raten wurden im Vereinigten Königreich (1,6%), Malta und Österreich (jeweils 1,4%) erhoben. Gegenüber Februar 2014 ging die jährliche Inflationsrate in 19 Mitgliedstaaten zurück, in drei blieb sie unverändert und in sechs stieg sie an... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :**Alte Menschen müssen dazu motiviert werden, länger zu arbeiten**

In der von der OECD am 16. April veröffentlichten Studie "Working Better With Age in the Netherlands" werden die Niederlande dazu aufgefordert, neue Maßnahmen für längeres Arbeiten von alten Menschen vor der Rente einzuführen. Ein solcher Schritt würde dem Staat dabei helfen, gegen eine alternde Bevölkerung und zunehmende Sozialausgaben vorzugehen. Nach Aussage der Verfasser der Studie haben die Maßnahmen der letzten zehn Jahre, allen voran die Anhebung des Rentenalters, bereits Wirkung gezeigt: Der Anteil der 55- bis 64-Jährigen verzeichnete einen starken Anstieg auf leicht über 60%, dem gegenüber steht ein OECD Durchschnitt von

55%. Da sich die Niederlande jedoch hinsichtlich der Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen unter 35 Staaten nur auf dem 16ten Platz befinden, besteht noch immer ein großer Aufholbedarf gegenüber den erfolgreichsten OECD-Mitgliedern...
[Fortsetzung](#)

Leitfaden zu Menschenrechten für Internetnutzer



Am 17. April 2014 veröffentlichte der Europarat einen Leitfaden zu Menschenrechten für Internetnutzer. Er soll dabei helfen, Menschenrechte im Online-Bereich zu verstehen und darauf aufmerksam machen, welche Möglichkeiten Nutzer bei einer Verletzung dieser Rechte haben. Mit diesem Ziel antwortet der Leitfaden auf die Notwendigkeit, Nutzer dazu zu befähigen, ihre eigenen Menschenrechte online zu vertreten. Im Allgemeinen sind ihre Rechte in den Nutzungsbedingungen der Servicebereiche der Internetanbieter angeführt– Rechte, die sich meistens in Form einer langen Liste von rechtlichen und vertraglichen Bedingungen präsentieren, selten gelesen und noch seltener verstanden werden... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Deutsch-Französischer Journalistenpreis



Am 15. April wurden die Nominierten für den Deutsch-Französischen Journalistenpreis (PFAJ) 2014 bekannt gegeben. Der Preis zeichnet Beiträge aus, die eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland fördern. Die Gewinner werden bei der Preisverleihung am 2. Juli in den Studios des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) in Berlin bekannt gegeben. Die Verleihung wird in diesem Jahr ab dem Nachmittag von einem Forum von Experten, die über ein aktuelles Thema debattieren, begleitet. Dieses zusätzliche Programm, das als Rahmen für den PFAJ dient, wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Robert-Schuman-Stiftung organisiert... [Fortsetzung](#)

Offizielle Auswahl der Filmfestspiele von Cannes 2014



Am 17. April haben die Organisatoren der 67ten Filmfestspiele von Cannes die Auswahl an Filmen vorgestellt, die zwischen dem 14. und 25. Mai auf der Croisette gezeigt werden. An dem Wettbewerb nimmt eine Vielzahl von Filmen aus aller Welt teil. Dieses Jahr wird Jane Campion, die als bisher einzige Regisseurin im Jahr 1993 eine goldene Palme für "Das Piano" erhalten konnte, die Präsidentschaft der Jury von Steven Spielberg übernehmen. 18 Filme sind in die offizielle Auswahl des Festivals aufgenommen worden, einschließlich des neuesten Werks von Jean-Luc Godard "Adieu au langage"... [Fortsetzung](#)

Joséphine im Musée du Luxembourg



Im Musée du Luxembourg (Paris) ist noch bis zum 29. Juni 2014 eine Ausstellung zur französischen Kaiserin Joséphine zu sehen. Zum Anlass ihres zweihundertsten Todestags erlaubt die Ausstellung intime Einblicke in das Leben Joséphines - von ihren kreolischen Wurzeln über ihr Zeit als Kaiserin bis hin zu ihrem Dasein als geschiedene Frau. Ihre Leidenschaften - Reisen, Jagen und die Musik - dienen dabei als Leitmotive, um Werke ihrer Privatsammlungen mit persönlichen Erinnerungstücken zu vereinen... [Fortsetzung](#)

Hogarth, Reynolds und Turner zu Ehren Roms



Die Rome Foundation (Fondazione Roma) präsentiert in Zusammenarbeit mit der Intendantin für artistisches Erbe, anthropologische Geschichte und Museen der Stadt Rom vom 15. April bis zum 20. Juli eine Ausstellung, die den Malern Hogarth, Reynolds und Turner gewidmet ist. Die gezeigten Werke geben einen Einblick in die künstlerische und soziale Entwicklung im 18. Jahrhundert sowie die Rolle Britanniens in Politik, Wirtschaft und Geschichte. Das Œuvre vereint Werke britischer und italienischer Sammlungen und zeigt Malereien von Hogarth, Reynolds, Gainsborough, Wright von Derby, Stubbs, Füssli, Constable und schließlich Turner, dessen Arbeit die spezifische Natur englischer Kunst reflektiert... [Fortsetzung](#)

Agenda :



24. April
Prag
Gipfel der Östlichen Partnerschaft der EU



27. April
Präsidentschaftswahlen (2. Wahlgang) und Parlamentswahlen in Mazedonien (ARYM)

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;
Claire Darmé, Raphaël Frison, Jelena Isailovic, Marine Le Lann, Salomé Larcher

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}